

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

1.7.1931 (No. 150)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
K. S.
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Rabattposten gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoverfahren fällt der volle Betrag der Zeitung verfallen, in höchstem Maße oder nicht erscheint. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Neuwahl der Badischen Regierung

Der Landtag hat am gestrigen Dienstag die von den Koalitionsparteien Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei vorgeschlagenen Minister und Staatsräte durch eine Wahlhandlung bestätigt, die für die neue Regierung eine große Mehrheit ergab. Rein zahlenmäßig gesehen, verfügt sie über 59 Mandate oder 67 Prozent aller Abgeordnetenstimmen. Das ist eine breite Basis, die ein gutes Arbeiten ermöglichen kann. Man darf die Hoffnung hegen, daß die jetzt erweiterte Regierung bestrebt sein wird, in der gleichen Weise wie die bisherigen Regierungen nur einem Ziele zuzustreben, dem Wohle des badischen Landes und der Gesamtheit uneigennützig und opferbereit zu dienen und sie mit allen Kräften einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Angeichts der allgemeinen Not, unter der das Land Baden infolge seines Grenzlandcharakters besonders schwer zu leiden hat, ist es durchaus zu begrüßen, daß die Verantwortung für die Regierungshandlungen eine größere Verteilung gefunden hat und der Kreis der Bevölkerung, der durch seine beruflichen Vertreter die Geschicke des Landes mitzubestimmen hat, erweitert wurde. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es lebhaft zu bedauern, daß das ursprüngliche Ziel, die Große Koalition, nicht erreicht worden ist. Gerade in den Zeiten der Not, wie wir sie gegenwärtig durchleben müssen, sollte der Gedanke der Volksgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit auch im politischen Leben stärker zum Ausdruck kommen und über der Notwendigkeit des Zusammenhanges zu gemeinsamer Arbeit im Dienste des Ganzen, mühten eigentlich Bedenken, die in ruhigen Zeitaltern stärker zum Ausdruck gebracht werden können, zurücktreten. Gerade wir in Deutschland, das eine politische Zerklüftung in Parteien und Gruppen aufweist wie kein Land der Welt, haben auf diesem Gebiete noch viel zu lernen.

Im politischen Leben aber hat man mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen, was nicht ausschließlich ein ursprüngliches Ziel, für Baden die Große Koalition, auch weiterhin als erstrebenswert zu betrachten und den Wunsch zu äußern, daß es in absehbarer Zeit erreicht werde.

Die neuen Minister und Staatsräte treten ihre Ämter unter den schwierigsten Zeitverhältnissen an, die das Land Baden jemals erlebt hat. Außerordentlich schwierig ist die Lage der Staatsfinanzen, ein ungeheurer Steuerdruck lastet auf der gesamten Wirtschaft, riesengroß ist die soziale Not. Bei so gelagerten Verhältnissen bestehen schwerste Aufgaben für die neue Regierung. Die Durchführung der zweiten Notverordnung wird auch in Baden zu einschneidenden Sparmaßnahmen führen, und das gestern im Landtag zur Verteilung gekommene Spargutachten läßt erkennen, daß die Regierung gezwungen sein wird, recht unpopuläre Anordnungen zu treffen. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte ist eine Aufgabe, die infolge des Mangels an Mitteln ungeheuer erschwert ist, und doch ist es die Aufgabe der Staatsregierung, nach Wegen zu suchen, um wenigstens der drückendsten Not zu fliehen. Eine der wichtigsten und nicht leichtesten Aufgaben der Regierung ist es weiter, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und der Staatsautorität überall Geltung zu verschaffen.

Die Summe der schweren Aufgaben der Gegenwart und der nächsten Zukunft stellt an das Verantwortungsbewußtsein und die Arbeitskraft der Männer, die durch das Vertrauen ihrer Parteien und Wähler in die Regierung betruhen worden sind, die höchsten Anforderungen. Die schwere Last, die sie zu tragen haben, kann aber auf zweierlei Art wenigstens einigermaßen erleichtert werden: dadurch, daß das Kabinett stets einig im Ziele und im Willen bleibt und jedes Mitglied nur das Ganze im Auge hat, und weiter dadurch, daß auch die Volksgenossen draußen im Lande durch ihre Vertrauen und ihre Mitarbeit, jeder an seinem Platze, die Regierung in ihren Bemühungen unterstützen.

Das politische Leben in Baden hat seit der Staatsumwälzung im Jahre 1918 einen ruhigen Verlauf genommen. Dank der politischen Einigkeit der Bevölkerung und der zielbewußten Arbeit der bisherigen Regierungen ist es vor größeren Erschütterungen bewahrt geblieben. Diese Kontinuität des politischen Lebens auch weiterhin aufrechtzuerhalten und nach Kräften eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes zu erwirken und damit am Aufbau einer besseren Zukunft für unsere badische Heimat zu arbeiten, das ist vornehmste Aufgabe und Pflicht der neuen Regierung, die sie aber nur lösen kann in Verbundenheit mit dem Volksganzen. getragen von dem Vertrauen der dem erwähnten Ziele aufstrebenden Volkskreise kann sie an ihre Aufgaben herantreten, möge ihre Arbeit eine segnete sein zum Wohle des badischen Landes und Volkes.

Die Wahlhandlung im Landtag

Der Landtag wies am gestrigen Dienstag entsprechend der Bedeutung des Tages einen sehr starken Besuch auf. Bei der geheimen Wahlhandlung rief der Präsident zunächst zur

Wahl des Innenministers

auf. Sie fällt mit 54 Stimmen auf den bisherigen 1. Vizepräsidenten und Staatsrat Maier (Soz.). Außerdem wurden 12 weiße Zettel abgegeben. Der nationalsozialistische Abgeordnete Meier erhält 1, der Kommunist Wolf 4 Stimmen.

Zum Justizminister

wird mit 56 Stimmen der bisherige, dem Zentrum angehörige Innenminister Witte mann gewählt,

zum Minister des Kultus und Unterrichts

der seitherige Finanzminister Dr. Schmitt mit 54 Stimmen,

zum Finanzminister

der volksparteiliche Fraktionschef Dr. Mattes mit 53 Stimmen.

4 Stimmen erhält jeweils der Abg. Volk, während die restlichen Zettel, soweit Stimmen abgegeben werden, unbeschrieben sind.

Die Wahl der Staatsräte

entfällt mit 52 bzw. 51 Stimmen auf die Abgeordneten Rückert (Soz.) und Heurich (Zentr.).

Zum Staatspräsidenten

wird wiederum Minister Witte mann, zu seinem Stellvertreter Minister Maier mit 53 bzw. 52 Stimmen gewählt.

Von der volksparteilichen Fraktion fehlten der krank gemeldete Abg. Brigger und der Abg. Bauer, der während der Abstimmung den Saal verlassen hatte.

Insgesamt waren 81 Abgeordnete anwesend.

Auf der Tagesordnung stand sodann

die Wahl des Ersten Vizepräsidenten des Landtages

die mit 49 Stimmen auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Reinhold entfällt.

Amtsantritt der neuen Minister

Gestern abend und heute vormittag fand in den einzelnen Ministerien die Verabschiedung der bisherigen und die Amtübernahme durch die neuen Minister statt. Im Ministerium des Innern verabschiedete sich der bisherige Innenminister, Staatspräsident Wittenmann, mit herzlich gehaltenen Worten von den Beamten des Hauses, an die auch der neue Innenminister Emil Maier eine Ansprache richtete. Namens der Beamtenschaft sprach hier in Vertretung des zur Zeit beurlaubten Ministerialdirektors, Ministerialrat Dr. Imhoff. Im Ministerium des Kultus und Unterrichts verabschiedete sich der bisherige Minister Dr. Kemmle heute vormittag von den Beamten, die gleichzeitig den neuen Minister Dr. Schmitt begrüßten. Ministerialrat Dr. Armbruster sprach namens der Beamtenschaft. Im Justizministerium hielt der bisherige Minister Dr. Kemmle eine Abschiedsansprache an die dortigen Beamten, die den neuen Justizminister Wittenmann begrüßten. Für die Beamtenschaft sprach hier Ministerialdirektor Dr. Schmidt. Im Finanzministerium wurde nach Abschiedsworten des scheidenden Ministers Dr. Schmitt der neue Minister Dr. Mattes von den Beamten begrüßt, in deren Namen Ministerialdirektor Dr. Sammet Abschieds- und Begrüßungsworte sprach.

Ein Aufruf der Deutschen Volkspartei Badens

Der Landesverband der Deutschen Volkspartei erläßt in seinem Pressebüro folgenden Aufruf:

Die Deutsche Volkspartei ist mit dem heutigen Tage in die Regierung eingetreten, nachdem sie 10 Jahre in Opposition war. Ihre Stellungnahme während dieser Zeit war bedingt von dem Verantwortungsgesühl für Volk und Staat. Eine Opposition nur um der Opposition willen hat die Deutsche Volkspartei stets abgelehnt. Wenn sich die Partei jetzt entschlossen hat, den schweren Schritt in die Regierung zu tun, so war für sie allein das Verantwortungsgesühl für das Gesamtwohl des Landes maßgebend.

In einem Augenblick schwerster wirtschaftlicher Not, indem der Nationalismus sich dazu ansetzt, in Ausübung der Notlage des Vaterlandes das Fundament des Reiches und der Länder zu zerstören, ist es Aufgabe aller staatsgetreuen und auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien getreu der Rolle des Herrn Reichspräsidenten die Verantwortung zu tragen. Der Kampf geht gegen die alles zerstörende Volksverhetzung, die drohenden Gefahren des Bolschewismus, und gegen die Zerstörung deutscher und christlicher Kulturgüter für die Erhaltung der Einheit des Reiches, für die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft, zur Befreiung von der äußeren Bedrückung und für die Lebenserhaltung des Mittelstandes aller Berufszweige und Schichten in Stadt und Land. Zur Unterstützung in diesem Kampf ruft die Deutsche Volkspartei ihre Freunde und Anhänger in dieser ersten Stunde in Baden auf.

Das Gutachten der Sparkommission über die badische Staatsverwaltung

Einer Forderung des Landtags entsprechend, hat das badische Staatsministerium am 11. Januar 1930 eine Sparkommission ernannt, der die Aufgabe gestellt war, anhand der Reichsfinanzstatistik zu prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Baden höher sind, wie die des Nachbarlandes Württemberg. Gleichzeitig erhielt die Sparkommission den Auftrag, Vorschläge zu Sparmaßnahmen, organisatorischer wie personeller Art zur Verringerung etwa bestehender ungegründeter Mehrausgaben zu machen.

Das Gutachten der Sparkommission ist am Dienstag an die Abgeordneten des Landtags verteilt worden. Es ist ein umfangreiches, 186 Seiten umfassendes Dokument, das einer gründlichen Durchbearbeitung bedarf, wenn man dazu in sachlicher Weise kritisch Stellung nehmen will. Dabei wird auch der Landtag erst nach Ablauf der Sommerferien zur Beratung der dort gemachten Vorschläge kommen. Bei der Bedeutung der ganzen Angelegenheit ist als sicher anzunehmen, daß die Beratung sowohl unter den Fraktionen wie im Plenum zu einer eingehenden Debatte führen wird.

Wie bei den Staatsvoranschlägen ist auch beim Spargutachten die Reihenfolge der Betrachtungen eingehalten, Volksvertretung, Staatsministerium, Ministerium des Innern, Justizverwaltung, Ministerium des Kultus und Unterrichts, Rechnungshof, Finanzverwaltung.

Bei der Volksvertretung stellt das Gutachten fest, daß der persönliche Aufwand hierfür in den beiden Vergleichsländern nahezu gleich groß ist. Der sachliche Aufwand in Baden ist etwas größer als in Württemberg. Für Entschädigungen der Abgeordneten gibt Baden mit 88 gegen 80 in Württemberg rund 600 000 RM. weniger aus. Die Sparkommission schlägt vor, die Aufwandsentschädigung für Abgeordnete, deren Wohnsitz nicht weniger als 35 Kilometer von Karlsruhe entfernt liegt, auf den für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten zu ermäßigen. Ebenso soll die Entschädigung für Beamtenabgeordnete, die während der Ausübung ihres Mandats ihr volles Gehalt weiter beziehen, angemessen ermäßigt werden. Ein weiterer Sparvorschlag bezieht sich auf die Verminderung der Zahl der Abgeordneten, in der Weise, daß auf 20 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt. Als zweckmäßig wird empfohlen, ähnlich wie in Württemberg zu bestimmen, daß der Landtag sich aus einer ein- für allemal feststehenden Zahl von Abgeordneten zusammensetzt. Zur Durchführung dieser beiden Vorschläge, die verfassungsändernd sind, wäre eine Volksabstimmung notwendig, die in Verbindung mit der nächsten Landtagswahl vorgeschlagen wird.

Beim Staatsministerium ist der Gesamtaufwand in Baden um 126 664 RM. und der Zuschußbedarf um 118 987 RM. geringer als im Vergleichsland Württemberg. Durch Umstellungen könnte nach Ansicht der Sparkommission beim persönlichen Aufwand 20 000 RM. gespart werden. Dem Charakter der Zeit entsprechend, wird auch künftig auf dem Gebiet der repräsentativen Ausgaben mögliche Zurückhaltung empfohlen.

Bei der Vertretung Badens bei der Reichsregierung ergibt der Vergleich mit Württemberg, daß die Gesamtausgaben in Baden 162 390, in Württemberg 169 080 RM. betragen. Hier schlägt die Sparkommission eine Umgruppierung unter den bei der Vertretung befindlichen Beamten vor, ferner Verabschiedung der Aufwandsgehälter, und zwar die des Gesamten um 15 000 auf 8000, höchstens 10 000 RM., die der übrigen Bevollmächtigten auf 3000 bis 2000 RM., in entsprechendem Maße auch die Aufwandsgehälter der übrigen Beamten. Der Aufwand für Repräsentationspflichten dürfte die bezeichneten Grenzen nicht übersteigen. Ferner wird vorgeschlagen, das Gebäude, in dem sich in Berlin zur Zeit die badische Vertretung befindet, und welches Eigentum des badischen Staates ist, zu verkaufen und ein mit geringerem Aufwand zu unterhaltendes Gebäude zu erwerben, bzw. eine bessere Verwertung durch Vermieten eines Stockwerkes und Erhöhung der bestehenden Mietzinsen herbeizuführen. Davon verspricht sich die Sparkommission eine Ersparnis von rund 42 000 RM.

Das Gutachten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern zerfällt in zwei Hauptabschnitte, von denen der erste sich mit der Verwaltungsreform, der zweite mit Ersparnismaßnahmen im Rahmen der jetzigen Organisation befaßt.

Es wird im ersten Teil der Verwaltungsaufbau in Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen und Hessen zum Vergleich herangezogen. Die Sparkommission kommt zu dem Vorschlag, die Amtsbezirke zu Körperschaften des öffentlichen Rechts und mit dem Recht der Selbstverwaltung zu gestalten und ihnen die Aufgabe, die bisher von den 11 badischen Kreisen, den Bezirksfürsorgeverbänden und den Bohnungsverbänden erfüllt worden sind, zu übertragen. Um lebensfähige Amtskörperschaften zu erhalten, dürften höchstens 27 solcher gebildet werden. Die Geschäfte des neuen Selbstverwaltungskörpers sollte der Landrat unentgeltlich als Dienstaufgabe übernehmen. Mit der Veränderung der Verwaltungsorganisation würden einmalige Ausgaben verbunden sein, auf die Dauer aber erhebliche Ersparnisse erzielt werden.

Von den Städten sollten nur die fünf größten, nämlich Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Forzheim und Heidelberg, nicht in die Amtskörperschaften einbezogen werden. Die übrigen Städte hätten den Amtskörperschaften anzugehören.

Die Frage, ob die Landeskommissariate beizubehalten sind, wird von der Sparkommission bejaht.

Eine Trennung der Polizeidirektionen, insbesondere derjenigen von Karlsruhe und Mannheim, von den Bezirksämtern wird als untunlich bezeichnet.

Bzüglich des Verwaltungsgerichts wird der bereits früher gemachte Vorschlag wiederholt, ihn in einen Senat beim Oberlandesgericht umzuwandeln, oder bei der geplanten Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts aufzuheben.

Was die Gemeinden betrifft, so sollte nach Meinung der Sparkommission die Vereinigung gleichartiger benachbarter Gemeinden zu einer Gemeinde mehr als bisher angestrebt werden.

Ebenso wird eine Zusammenlegung der Handelskammern und Handwerkskammern empfohlen.

Der Abschnitt „Ersparnisse im Rahmen der jetzigen Organisation“ enthält eine Reihe von Vorschlägen für Ersparnisse im Bereich des Ministeriums selbst, sowie in der Bezirksverwaltung; vor allem will das Spargutachten durch Senkung des persönlichen Aufwandes Ersparungen erzielen, aber auch mit ihren Vorschlägen zur Geschäftsvereinfachung glaubt sie diesem Ziele näherzukommen. Es wird eine erhebliche Einsparung am Personal beantragt, was sich nur dann praktisch verwirklichen lasse, wenn auch die den Behörden obliegende Arbeitslast im Rahmen des Möglichen eingeschränkt wird.

Bei der Justizverwaltung werden ebenfalls eine Reihe von Ersparnisvorschlägen gemacht. In erster Linie käme nach dem Spargutachten in Betracht die Aufhebung der Landgerichte Heidelberg und Waldshut, ferner die Aufhebung der Amtsgerichte Adelsheim oder Boppart, Eberbach, Redarbschloßheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gengenbach und Wonnorb.

Ferner wird vorgeschlagen, die Einsparung von Richtern bei Amtsgerichten, die mit mehreren Richtern besetzt sind, die Ernennung von Amtsrichtern zu Richtern an mehreren Amtsgerichten, Aufhebung der Anwaltskammern, Stellen am alten Markt, Geroldsheim, Redargemünd und Oberrotweil, Verlegung der Notariate Gernsbach, Gengenbach und Rheinböschheim mit ihrem Dienstort nach Waldshut, bzw. Kehl, Ermäßigung der Gebührenanteile der Notare, Aufhebung von staatlichen Grundbuchämtern, Verstaatlichung der Gemeindegroßbuchämter und Übertragung der Grundbuchämter auf die Amtsgerichte.

Für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts werden zunächst beim Ministerium selbst Vereinfachungs- und Sparvorschläge gemacht, deren Erfolg insgesamt auf 169 600 RM. beziffert wird. Bei der Bezirksaufsicht könnten nach Ansicht des Spargutachtens durch eine entsprechende Umorganisation rund 80 000 RM. eingespart werden. Für Volkshilfs- und Fortbildungsschulen gibt das Land Baden mit 44 671 830 RM. Gesamtaufwand um 1 835 189 RM. mehr aus, als das Vergleichsland Württemberg.

Die Sparkommission schlägt hier eine wesentliche Erhöhung, der auf einen einzelnen Lehrer entfallenden Schülerzahl vor, durch die 500 Lehrerstellen überflüssig würden. Dazu käme infolge Beseitigung der Zwergschulen, Verminderung der Schülerstundenzahl der Fortbildungsschulen und Erhöhung des Stundenpreises der Fortbildungsschullehrer ein weiterer Abbau von 100 Lehrerstellen, was eine Ersparnis von 3 Millionen Reichsmark bringen würde.

Bei den Handels- und Gewerbeschulen sind die Ergebnisse der gemachten Sparvorschläge, die sich teils, wie in Schönau und Hörsing, auf Aufhebung, teils auf Verschmelzung beziehen, auf rund 800 000 RM. belaufen sollen.

Der Aufwand für die höheren Schulen ist in Baden um 34 Millionen größer als in Württemberg. Die Sparkommission regt auch hier an die Aufhebung von nicht ausreichend besuchten Schulen, organische Verbindung von Mädchenschulen mit Mädchenrealschulen, Aufhebung der Realschulen Eppingen, Emmendingen, Gernsbach, Kengen, Radenburg, Oberkirch, Radolfzell, Rheinböschheim, Waldkirch und Hornberg. Aufhebung des Gymnasiums in Durlach, Abbau der beiden Primarien, eventuell auch der Obersekunden, in Achern, Bretten, Mühl, Eberbach, Sinsheim, Wiesloch, Ettlingen, Säckingen, unter Umständen auch Mosbach. Vereinigung der beiden Gymnasien in Freiburg, Errichtung einer gemeinschaftlichen Volkshilfsanstalt für Ruchen und Waldbrunn, organische Verbindung des Realgymnasiums Ettlingen mit dem Aufbau-Realgymnasium, Verlegung des Gymnasiums in Lörrach nach Schopfheim.

Auch bei den höheren Schulen wird eine Erhöhung der Stundenpreise auf das in Württemberg übliche Maß empfohlen. Die Gesamtersparnisse dieser Maßnahmen wird auf rund 1,9 bzw. 2,8 Millionen Reichsmark berechnet.

Weitere Ersparnisvorschläge betreffen sich mit den Lehrerbildungsanstalten, der Landesturnanstalt, den Taubstummen- und Blindenanstalten und der Zentralschulververwaltung. Sie sind hauptsächlich organisatorischer Natur.

Bei den Universitäten wird in erster Linie eine Einschränkung des Personalaufwandes angeregt. Der Aufwand für die Befolgung der Universitätslehrer habe infolge der freien Gehaltsfestsetzung das richtige Maß weit überschritten. Die Kommission glaubt, daß hier mindestens 160 000 RM. im Jahr eingespart werden könnten. Die Zahl der Lehrstühle an den beiden Universitäten des Landes wird als zu hoch bezeichnet, daher soll bei Erledigung eines Lehrstuhls geprüft werden, ob er in der Zukunft aufrechterhalten werden soll, oder mit einem Privatdozenten oder außerordentlichen Professor zu besetzen ist.

Weitere Ersparnisvorschläge beziehen sich bei den Universitäten auf die Bezüge der sogenannten Assistenz. Auch bei der Technischen Hochschule in Karlsruhe glaubt das Spargutachten durch Verminderung der Professorengehälter, Anrechnung der Gutachterfähigkeit usw. rund 170 000 RM. einsparen zu können. Weitere Ersparnisvorschläge beziehen sich auf das Landestheater und die Landesbibliothek, Denkmalspflege usw.

Auch beim Finanzministerium will das Spargutachten durch Verminderung des personellen Aufwandes eine Senkung der Staatsausgaben herbeiführen. Daher werden Vorschläge zur Abänderung der Organisation in der Bau- und Domänenverwaltung, der Forstverwaltung, der Wasser- und Straßenbauverwaltung und der Zentralfassenverwaltung, der Hafenverwaltung usw. gemacht.

Die Bedingungen für das Reichsehrenmal. Wie wir erfahren, werden die Bedingungen für das Reichsehrenmal, über die künstlerische Gestaltung des Reichsehrenmals in Form eines Ehrenbains in Bad Völla in Thüringen demnächst veröffentlicht werden. Die Bedingungen sehen zunächst einen allgemeinen Ideenwettbewerb vor, an dem sich jeder deutsche Künstler beteiligen kann. Die Frist zur Einreichung ist bis zum 31. Dezember d. J. bemessen.

Weingartner erhält Voller Bürgerrecht. Der weitere Bürgerrecht des berühmten Musikers und Dirigenten Dr. h. c. Felix Weingartner in das böhmisches Bürgerrecht.

Schließung der Münchener Universität. Dienstag vormittag brachen in München nationalsozialistische Studenten in Mönchstrasse gegen einen Staatsrechtslehrer aus. Es kam zu Schlägereien. Die Polizei nahm einige Sicherungen vor. Die Universität ist bis auf weiteres alpernt.

Um den Hoover-Plan

Fortsetzung der Pariser Verhandlungen heute nachmittag

PARIS, 1. Juli. (Tel.). Die französisch-amerikanischen Besprechungen sollten heute vormittag wieder aufgenommen werden. Nach dem „Echo de Paris“ sind sie jedoch auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden, weil Schatzsekretär Mellon um diese Frist gebeten habe, damit er noch einmal mit Washington nach der gestrigen Senatsdebatte sich ins Benehmen setzen kann.

Der französische Senat hat am Dienstag eine Entschließung mit 197 gegen 5 Stimmen angenommen, welche die Erklärungen der Regierung billigt.

Ein neuer Plan Hoovers?

LONDON, 1. Juli. (Tel.). Der „Times“-Korrespondent in Washington entnimmt aus bester Quelle, daß für den Fall eines Zusammenbruchs der Pariser Verhandlungen geplant wird, den ursprünglichen Hoover-Plan zurückzuziehen und das Angebot des Präsidenten jedem der einzelnen Schuldnerländer gegenüber besonders zu wiederholen. Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten würden das Angebot machen, jedes fremde Land von der Rückzahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu befreien, das als Gegenleistung auf die ihm an Deutschland geschuldeten Reparationszahlungen verzichtet würde.

Dieser Plan befindet sich noch im Rohentwurf, denn es liegt auf der Hand, daß er sehr ernsthafte finanzielle Komplikationen einschließen würde. Er würde es den Franzosen überlassen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bereit sind, sie zu akzeptieren, ohne gleichzeitige andere Nationen in Mitleidenschaft zu ziehen, wie es der ursprüngliche Plan tut. Ferner würde der neue Plan die Rückwirkungen eines Fehlschlages der Pariser Verhandlungen auf die Wirtschaft und besonders auf den deutschen Kredit zumindest abschwächen. In diesem Maße würde er die Zustimmung der hiesigen Finanzkreise, die umfangreiche Beziehungen zu Deutschland haben und der Inhaber deutscher Wertpapiere sind.

In Washington wird erklärt, daß die Lage zur Zeit ernst und unbestimmt sei, da Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigerte, an einer großzügigen internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allen ehelichen und ernstlichen Bemühungen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hoover-Planes über Bord zu werfen. Man lehnt selbstverständlich eine amerikanische Garantie für die Heiligkeit des Youngplans ab und man erklärt es für widersinnig, von Deutschland, dessen verzweifelte finanzielle Lage überall zugegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unaufhebbarsten Teiles ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle. In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Bestätigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen, daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland, nötigenfalls ohne Frankreichs Mitwirkung, helfen könne. Als halbes werden die Meldungen bezeichnet, wonach man in Washington eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man steht auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungssaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde. — Der Streit mit Frankreich dreht sich, wie aus Washington mitgeteilt wird, um folgende Punkte: 1. Amerika wolle, daß die deutsche Regierung den ungeschützten Teil alsbald in voller Höhe zu Rückzahlungen zurückhalte, 2. daß die Rückzahlung dieses Kredits in 25 Jahren erfolge. Man deute zu diesem Punkte an, daß man eventuell auf eine kürzere Zeit, etwa 10 oder 15 Jahre, heruntergehen werde, nicht aber auf 5 Jahre. 3. Die Frage des Garantiefonds gehe nicht über Amerika hinaus. Diese Angelegenheit müsse Frankreich mit den übrigen Youngplangläubigern regeln. Zusammenfassend wird erklärt, man sei nicht entmutigt, sondern erhoffe eine baldige Einigung, da ein Fehlschlag katastrophal wäre.

Stimmen der Berliner Presse

BERLIN, 1. Juli. (Prin.-Tel.). Die „Germania“ bezeichnet die vorzeitige Einberufung des französischen Senats als ein weiteres Mittel, die Haltung Frankreichs zu versteifen und begrüßt deshalb um so herzlicher den Schritt der italienischen Regierung, die jedoch das Zutrittstreten des Hoover-Vorschlages für Italiens Verpflichtungen und Forderungen notifiziert habe. Das Blatt fährt dann fort: Man weiß in Paris also sehr wohl, daß man mit Deutschland als Verhandlungspartner eher, als mit einem amerikanischen Unterhändler fertig wird, und man hätte gar zu gern Deutschlands Kapitulation als Argument gegen Hoover ins Feld geführt. Nicht als Bittsteller hatte Brüning seine Hand Frankreich entgegen-gestreckt, sondern als aufrechter Nachbar und Freund, der um lokale Zusammenarbeit und um ein weitherriges Verständnis für Deutschlands Lage wirbt. Deutschland wolle keine Beiträge zerschneiden, sondern revidieren im Interesse der wirtschaftlichen Zukunft Gesamt Europas.

Auch die übrige Presse gibt in ihren Überschriften und in kurzen Kommentaren ihre Zustimmung zu der Haltung Italiens in der Schuldenfrage zum Ausdruck. Der „Börsencourier“ nennt den schneller und entschlossenen Schritt Italiens eine gute Tat. Die „DZ.“ spricht von einer hochherzigen und erfreulichen Geste Italiens. Das Blatt glaubt auch, daß eine Einigung mit Frankreich so gut wie sicher sei.

Der Reichskanzler beabsichtigt auf kurze Zeit in Urlaub zu gehen, ehe die internationale Aussprache in den verschiedenen Besuchen und Gegenbesuchen und die innerpolitischen Auseinandersetzungen über die Notverordnung fortgeführt werden. Ebe jedoch die Entscheidung über den Hoover-Plan gefallen ist, kann der Kanzler natürlich Berlin nicht verlassen.

Bayern in Leipzig abgewiesen. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in der Klage Bayerns gegen das Deutsche Reich den Antrag Bayerns abgewiesen. Dieser Antrag ging, wie mitgeteilt, dahin, daß das Reich einen jeweiligen Zuschuß zum Bau von Kleinbahnen in Höhe von mehr als 35 Prozent und durchschnittlich von 37 1/2 Prozent der Baukosten zu leisten hätte. In der Begründung wird trotz der Abweisung der Klage erklärt, daß die bayerische Forderung berechtigt sei, wonach in jedem Falle mehr als 25 Prozent gegeben werden müßten.

Die kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Mildeberg wurde in Berlin der Adelsführerschaft bei Ausschreitungen für schuldig befunden und wegen schwerer Landfriedensbruchs zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Es wurden ihr mildernde Umstände zugestanden, weil sie noch jung und unbefristet sei und aus politischer Überzeugung gehandelt habe. Andererseits aber trage sie die moralische Verantwortung dafür, daß sich feinergezielt andere Leute Gefängnisstrafen zugezogen haben.

Die Neuwahl der Badischen Regierung im Landtag

Vertagung des Landtags bis zum Herbst (52. Sitzung)

D. J. Karlsruhe, 30. Juni.

Die gute Besetzung von Haus und Tribünen kennzeichnet nach außen den heutigen großen Tag im Landtag. Präsident Duffner teilt mit, daß die bisherigen Mitglieder der Regierung ihre Ämter niedergelegt haben.

Als erster Punkt steht deshalb die Neuwahl der Badischen Regierung auf der Tagesordnung.

Zur Abstimmung geben die Oppositionsparteien zum Teil sehr scharf gehaltene Erklärungen ab.

Abg. Ledebauer lehnt für die Kommunisten die „faschistisch-kapitalistische Regierung Dr. Brüning und ihr badisches Ausführungsorgan“ ab.

Abg. Köhler erklärt für die Nationalsozialisten, daß die Regierungsbildung in keiner Weise dem Willen des Volkes entspreche; die neue Regierung besitze nicht das Vertrauen des Volkes, insbesondere nicht die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei. Es sei unerhört, daß man es in der Zeit der Notverordnungen wage, einen weiteren Minister- und Staatsratsposten zu schaffen.

Abg. Dr. Schmittknecht erklärt für die Deutschnationalen: „Die Deutsche Volkspartei in Baden hat sich nicht gescheut, zum erstenmal mit dem staatszerstörenden Marxismus zu patieren. Persönliche Bestrebungen waren der Anlaß zu diesem verhängnisvollen Schritt.“ Die Zusammenfügung des Kabinetts, so fährt die Erklärung fort, zeige die Abbauwürdigkeit des Systems und der Landesparlamente. Wir lehnen es ab, uns an dieser Regierungsbildung zu beteiligen.

Abg. Berggöb vom Obang. Volksdienst bezieht die neue Regierung als eine Minderheitsregierung, da sie nach der letzten Reichstagswahl nur noch 46 Prozent aller Stimmen auf sich vereinige. Man werde sich der Stimme enthalten.

Abg. von Au erklärt für die Wirtschafts- und Bauernpartei, daß man sich an der Wahl nicht beteiligen werde.

Abg. Hoffmann erklärt für die Demokratische Fraktion, daß diese in der heutigen Regierungsbildung und -erweiterung keine Maßnahme staatlicher Notwendigkeit sehe. Die Demokraten hielten ihren Eintritt in die Regierung nur dann für gerechtfertigt, wenn ihr Einfluß im ganzen, wie insbesondere auf die Kulturpolitik in genügendem Maße gestärkt würde. Die Volkspartei habe durch das Aufgeben der 1929 gemeinsamen aufgestellten Kampffiele die Schaffung einer großen freiheitlichen bürgerlichen Einheitsfront zum Scheitern gebracht und die ein Jahrzehnt lang von der Demokratie gewohnte Führung der staatlichen Kulturpolitik durch Preisgabe des Unterrichtsministeriums verleugnet. (Aha-Nuse im Zentrum.)

Über die Wahlhandlung berichten wir auf der ersten Seite des Blattes.

Nach beendeter Wahlhandlung ergreift Präsident Duffner

das Wort zu einer Ansprache. Als er vom Abg. Böning (Komm.) wiederholt durch Zurufe unterbrochen wird, verbittet sich der Präsident unter dem Beifall der Mehrheit energisch diese Störungsvorwürfe. Abg. Böning wird schließlich, nachdem er den Wahlnutzen des Präsidenten kein Gehör schenkt, aus dem Saale verwiesen und der kommunistische Abg. Klausmann vernommt.

Präsident Duffner bedauert den Zwischenfall im Interesse des Hauses und der Tribünenbesucher und fährt dann fort: Ich spreche den neugewählten Mitgliedern der Regierung herzlichen Dank aus für die Annahme der Wahl und verbinde damit den Glückwunsch der Mehrheit, in der Überzeugung, daß wir auf dem Wege zur Lösung unserer staatspolitischen Aufgaben einen Schritt weitergekommen sind, und in der Hoffnung, daß die Verbreiterung der Regierungsbasis in allgemeiner politischer, wirtschaftlicher und finanzpolitischer Beziehung unserem Lande zum Segen gereichen wird.

Der Präsident gedenkt in diesem Zusammenhang der großen Verdienste des scheidenden Ministers Dr. Kemme um Staat und Volk. Er zollt warme Worte der Anerkennung den im Amt verbliebenen Ministern und begrüßt die neuen Mitglieder des Kabinetts.

Staatspräsident Witemann

dankt dem Präsidenten für die freundlichen Worte der Begrüßung und fährt aus:

Sie haben in Ihrer Ansprache die Schwere der Situation von Volk und Vaterland trefflich gekennzeichnet. Die neue Regierung ist sich bewußt, unter welcher außerordentlich schwierigen und verantwortungsvollen Verhältnissen sie die Führung der Staatsgeschäfte übernommen hat. Es ist unsere Pflicht dem Volke gegenüber, nicht Nein zu sagen und unsere Person zur Verfügung zu stellen.

Es ist unser ernstes Bestreben und unser fester Wille, im Rahmen der Verfassung, nach Gesetz und Recht und nach den allerdings durch die Abhängigkeit vom Reiche begrenzten Möglichkeiten dafür einzutreten, daß unsere Heimat in den schwierigen Verhältnissen ein Faktor der Ordnung und Ruhe bleibt und daß alles geschieht, um aus der Notzeit besseren Verhältnissen entgegenzugehen. Unser Tun ist getragen von der Liebe zur Heimat. Möge es mit Gottes Hilfe vorwärts gehen. (Lebhafte Beifall der Mehrheit.)

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erstattet Abg. Mentz (D. Sp.) namens des Geschäftsausschusses Bericht über

die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Böning

zur Strafverfolgung wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen; sie wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen, bei Stimmenthaltung der Demokraten, beschlossen.

Abg. Schill (Zentr.) berichtet über den Antrag Dr. Mattes (D. Sp.), betr. Erhöhung des badischen Ausführungsentgelts für Schlachtwild, der gegen zwei kommunistische Stimmen angenommen wird.

Es kommen noch einige Gesuche

zur Erledigung. Unter andern liegt eine Eingabe des Landesverbandes Baden des Deutschen Vereins für Vermessungswesen vor, welche die Entlassung von Vermessungsassessoren und Geometern aus dem Staatsdienst zum Gegenstand hat.

Das Haus beschließt empfehlende Abweisung in dem Sinne, daß geprüft wird, ob die geforderten Vermessungsassessoren weiterbeschäftigt und nötigenfalls im mittleren Dienst verwendet werden können. (Rechtlicher Rat war Abg. Dr. Walder von der Deutschen Volkspartei.) Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Letzte Nachrichten

Eine Anregung des preussischen Ministerpräsidenten

Die Ländergesandtschaften bei Preußen

M. Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat der preussische Ministerpräsident Braun an die Länderregierungen vor einigen Tagen die Anregung weitergeleitet, sie möchten ihre Gesandten bei der preussischen Regierung abberufen oder ihnen, besser gesagt, lediglich den Charakter einer Vertretung beim Reichsrat geben, nachdem Preußen selbst keine Gesandtschaften mehr bei den Ländern unterhalte. Es wird auch darauf hingewiesen, daß vor dem Krieg das gesamte ausländische diplomatische Korps lediglich beim König von Preußen beglaubigt war und daß erst nach dem Umsturz die Delegierungen bei der Reichsregierung erfolgten, während die Länderregierungen bei Preußen ihre Vertretungen beibehalten haben.

Die Vertretung Bayerns in Berlin. Ähnlich wird aus München gemeldet: Aus Anlaß der Aufhebung der preussischen Gesandtschaft in München, hat nunmehr auch die bayerische Regierung den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Ritter von Preger von seiner Aufgabe als bayerischer Gesandter in Preußen entbunden. An seiner Stellung gegenüber dem Reich ist eine Änderung nicht eingetreten.

Nichts Neues zur Reichsreform

M. Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Zu den Nachrichten in der Presse über den Abbruch der Reichsreformarbeiten erfahren wir, daß ein Gesetzentwurf auf der Grundlage der Vorschläge der Länderkonferenz seit langem fertiggestellt ist, daß er aber das Kabinett bis zur Stunde noch nicht beschäftigt hat. Es hat sich also in dieser Hinsicht nichts Neues ereignet, was den Anlaß zu den Festschreibungen hätte geben können.

Der spanische Verfassungsentwurf

M. Madrid, 1. Juli. (Tel.) Nach dem Verfassungsentwurf soll der Senat aus 250 Mitgliedern bestehen und alle vier Jahre erneuert werden. Die Kammer soll 466 Abgeordnete umfassen. Die Wahlbarkeit der Männer und Frauen tritt mit dem vollendeten 23. Lebensjahre in Kraft. Der Präsident der Republik wird von Kammer und Senat auf sechs Jahre gewählt. Er muß 40 Jahre alt sein. Ausgeschlossen sind Mitglieder des ehemaligen Königshauses.

Der Verfassungsentwurf sieht den unitarischen Charakter der spanischen Republik vor. Jegliche Adelsform werde abgeschafft. Die Freiheit der Religion, der Presse, der Gewerkschaften und die Verpflichtung, dem Vaterland zu dienen, werden hervorgehoben. Der Volksschulunterricht ist obligatorisch.

Schwere politische Ausschreitungen

haben sich am Dienstagabend im Osten Berlins ereignet. In der Frankfurter Allee wurde bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten das Überfallkommando mit Steinen beworfen, außerdem wurden von den Kommunisten 30-40 Schüsse abgegeben, die von den Polizeibeamten erwidert wurden. Eine Kugel traf den Führer des Überfallkommandos, den 30 Jahre alten Polizeiberatermeister Kuhfeld, tödlich. Daraufhin wurde die von den Kommunisten geplante „Spartakade“ verboten. Das Tragen von Abzeichen wurde untersagt und die Organisationen, die für die Ausschreitungen verantwortlich sind, aufgelöst.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Peine (Sachsen), bei dem geschossen wurde, gab es dreizehn Verletzte.

Die letzte Etappe des Weltfluges

Die amerikanischen Weltflieger Post und Gattis sind am Dienstag um 6.30 Uhr (New Yorker Zeit) in Edmonton in Kanada gelandet. Sie sind bereits wieder zur Fortsetzung ihres Weltfluges in Edmonton gestartet. Sie hoffen, bis New York direkt durchzufliegen und damit ihren Weltflug noch heute beenden zu können.

Kleine Chronik

Nach einem Junkspruch des „Graf Zeppelin“ hat das Luftschiff in Ostfriesland den Rhein abwärts über Rotterdam, die Ostküste Englands und die Färder die Ostküste Islands erreicht.

Der Landwirt und Maurer Spiegler in Pollanten (Oberpfalz), der, wie gemeldet, vor wenigen Tagen seine vier Kinder ermordet hatte, wurde heute, Mittwoch, unmittelbar vor der Beerdigung seiner vier Opfer von dem Trauergesolge auf einem Berge erkannt, von dem aus er sich die Beisehung offenbar ansehen wollte. Der Würder konnte festgenommen werden.

In Groß-Gannow geriet der Gutsbesitzer Robert Günter mit seinem Obermeller in einen Streit, in dessen Verlauf er mehrere Schüsse aus einem Jagdgewehr abgab. Ein Schuß traf den völlig unbeteiligten Unteremeller in die Lunge, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Günter wurde verhaftet.

Das englische Kriegsgericht in Weihaiwei hat gegen den Kommandanten des Unterseebootes „Poseidon“ ein Verfahren eingeleitet und ihn wegen leichtfertiger Führung des Schiffes seines Kommandos mit schwerem Tadel enthoben.

Präsident Duffner teilt mit, daß er vom Abg. Dr. Volkhard ermächtigt sei, zu erklären, daß die diesem Abgeordneten von einem Teil des Hauses und der Presse anlässlich seines Verhaltens bei einer der letzten Sitzungen zugeschriebene Absicht der Brückierung des Landtags ferngelegen habe.

Damit sei die Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Der Präsident bittet um die Ermächtigung, den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen, die anfangs September stattfinden dürfte, mit der Tagesordnung: Gutachten der Spartakommission für die badische Staatsverwaltung.

Der Präsident entläßt darauf die Abgeordneten mit den besten Wünschen in die Sommerferien, nachdem Abg. Küdert namens des Hauses dem Präsidenten für seine Geschäftsführung gedankt hatte.

Schluß gegen 8 Uhr.

Kurze Nachrichten

Das amtliche Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens. Der preussische Landeswahlprüfung hat die Prüfung der Eintragungen zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtags beendet und die Zahl der amtlichen Eintragungen auf 5 955 996 festgestellt. Das Ergebnis der amtlichen Prüfung weicht von dem vom Bundesamt des Stahlhelms errechneten und seinerzeit veröffentlichten Zahl von 6 031 810 um rund 75 000 Eintragungen ab. Diese Differenz erklärt sich in wesentlichen durch Rechenfehler, die bei der Ermittlung des Stahlhelms vorgekommen sein sollen.

Freispruch im Miller-Prozess. Der Prozess gegen den Grundstücksmakler Kurt Miller, der seit dem 22. Juni vor einem Berliner Schwurgericht sich abspielte, endete am Dienstag mit einem Freispruch des Angeklagten. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Miller war der Bestechung des verstorbenen Stadtrats Busch und des Reichswehr angeklagt. Aus Mangel an Beweisen kam das Gericht zu seiner Entscheidung.

Der Oberrheinische Landtag hat einen Antrag der Nationalsozialisten auf Auflösung des Landtags abgelehnt.

Ein Schiedsspruch für den Naderer Steinkohlenbergbau wurde für verbindlich erklärt.

Die französisch-russische Handelspolitik. Auf eine Anfrage in der Kammer teilte der französische Finanzminister mit, daß die Regierung kürzlich die Verhandlungen mit den Sowjets ausgenommen habe. Sie werde versuchen, die französische Handelssektion im Ausland auszubauen, ohne französische Gelder unvorsichtig festzulegen. Wir prüfen eine neuartige Form der Handelsbeziehungen mit Rußland. Der französische Kredit darf nur dort eingesetzt werden, wo sich genügende Sicherheit findet.

Zwei Todesurteile wegen des politischen Mordes in Kroatien. Das Agrarerm Schwurgericht fällte am Dienstag das Urteil gegen die Mörder des Leiters der Agrarerm Zeitung „Nowosti“, Anton Schlegl. Die beiden Hauptangeklagten wurden zum Tode verurteilt, während die anderen neun Angeklagten zu längeren Gefängnis- und Jugendstrafen verurteilt wurden.

Antisemitische Ausschreitungen in Saloniki. Zu außerordentlich schweren Zusammenstößen zwischen Griechen und Juden ist es in Saloniki gekommen, wobei zehn Personen getötet und eine große Anzahl verwundet wurden. Griechen legten in den jüdischen Stadtteilen an vier Stellen Feuer an. Man rechnet, daß mindestens zweihundert Häuser zerstört worden sind.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Zur Nichtwiederwahl des Freiburger Ersten Bürgermeisters Nibel wird aus Freiburg berichtet: Bürgermeister Nibel hat sich in weiten Schichten der Freiburger Bevölkerung lebhafter Beliebtheit erfreut und man bedauert daher seine Nichtwiederwahl. Im Verlauf von 28 Jahren hat er an der Leitung der Stadt Freiburg lebhaften Anteil gehabt. U. a. war ihm das sehr umfangreiche und wenig dankbare Gebiet des Fürstengeneiens unterstellt gewesen. Als Sparmaßnahme wird die Nichtwiederwahl wohl begrüßt, aber in Bürgerkreisen hatte man geglaubt, daß ein anderer Verwaltungsbeamter das Opfer des Abbaus werden würde. Es wird davon gesprochen, daß beabsichtigt sei, den Kosten Nibels mit einem befohlenen Stadtrat zu besetzen. — Der heutige dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Schopfheim brachte endlich einen Erfolg. Der bisherige Bürgermeister des Kurortes Badenweiler, Dr. Koser, wurde mit 40 Stimmen zum Oberhaupt gewählt. Der Kandidat der Sozialdemokraten, Schwel, erhielt 17 Stimmen, der Kommunist Chemnitz M. d. R. erhielt 10 Stimmen. Ein Fettel war leer. Daß die Wahl auch diesmal nicht wieder negativ verlief, ist dem Umstand zu verdanken, daß die Bürgervertretung nicht an ihrem bisherigen Kandidaten Dr. Girth, Konstantz, festhielt, sondern ihre Stimme dem von der Mittelstandsvereinigung in letzter Stunde präsentierten Kandidaten ihre Stimmen gaben. Die Mittelstandsvereinigung verfügt im Bürgerausgang über 10 Stimmen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwoch morgen: Der tiefe Druck über dem westlichen Mittelmeerbecken hat durch weitere Zufuhr polarer Luft an Energie gewonnen, während der hohe Druck über Nord- und Ostsee abgebaut wird. Auch morgen werden wir uns im Bereiche der Luft befinden, die aus dem Nordhoch nach dem Mittelmeer strömt. Voraussage: Vielfach heiter und vorwiegend trocken, mäßig warm bei östlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 306 minus 8, Basel 175 minus 4, Schupferinsel 287 minus 9, Kehl 379 plus 4, Maxau 551 minus 6, Mannheim 469 minus 15, Saub über 200 Zentimeter.

Badischer Teil

Der neue Karlsruher Oberpostdirektionspräsident

Der Reichspostminister hat nunmehr die Ernennung des Ministerialrats Gies zum Präsidenten der Oberpostdirektion Karlsruhe vollzogen. Der neue Präsident wurde 1875 in Frankfurt a. M. geboren und trat 1894 in den höheren Postdienst ein. Im Kriege organisierte er ein Militär-Telegraphen- und Fernsprechnetz auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz. 1924 wurde er als Delegierter für die besetzten Gebiete bei der Interalliierten Rheinlandkommission ernannt. Im Mai und Juni 1931 war er Führer der deutschen Delegation zur Konferenz des Internationalen Technischen Sachausschusses in Kopenhagen.

Zweite juristische Prüfung im Spätjahr

Der Beginn der diesjährigen Spätjahrsprüfung der Referendare ist auf den Nachmittag des 4. November d. J. in Aussicht genommen. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind in der vorgeschriebenen Form im Laufe des Monats September beim Justizministerium einzureichen.

Aus den Parteien

In der am Dienstag abgehaltenen Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei wurde als Nachfolger des zum Minister der Finanzen gemählten Dr. Matthes dem Abg. Dr. Walber der Vorsitz der Fraktion übertragen.

Aus der Landeshauptstadt

Eine Ausstellung: „Arbeitsitz und Arbeitstisch“

Das Badische Landesgewerbeamt in Karlsruhe hat für Mitte Juli eine Ausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“ in Vorbereitung. Die Wichtigkeit der Frage einer zweckmäßigen Gestaltung des Arbeitsplatzes und Arbeitstisches für die Schonung des Arbeitenden wie für die Steigerung der Leistung ist noch längst nicht genügend erkannt und ist mindestens ebenso wichtig wie das richtige Arbeitsgerät. Die als vorbildliche Zusammenstellung hier erstmals außerhalb Berlins gezeigte Wanderausstellung des Deutschen Arbeitsmuseums, welche noch eine badische Erweiterung erfährt, wird den Besuchern erst die Bedeutung der Lösung und Schaffung eines guten Arbeitstisches und -sitzes mit samt seiner Beleuchtung zur Erkenntnis bringen. Im Verlauf der vom 18. Juli bis 16. August dauernden Ausstellung findet in Karlsruhe die Tagung der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten statt. Der Inhalt der Ausstellung soll durch Lichtbildvorträge und Führungen den Fachleuten und der Allgemeinheit der Besucher verständlich gemacht werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. Juli	30. Juni
	Deut.	Deut.
Amsterdam 100 G.	169.33	169.67
Kopenhagen 100 Kr.	112.70	112.92
Italien 100 L.	22.04	22.08
London 1 Pf.	20.474	20.514
New-York 1 D.	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.474	16.471
Schweiz 100 Fr.	81.515	81.675
Wien 100 Schilling	59.111	59.30
Prag 100 Kr.	12.47	12.49

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-26 = 100) stellt sich für die Woche vom 22. bis 27. Juni 1931 auf 79,1 gegenüber 73,1 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 74,1 (66,2), Gruppe darstellende Industrie auf 69,2 (63,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 100,8 (96,1).

Das neue Reichslohnenindikat. Die Verhandlungen mit den noch abseits stehenden Mitgliedern wurden am Dienstag in Offen mit dem Erfolg fortgesetzt, daß sämtliche, in dem bisherigen Syndikat vereinigten Branchen mit Ausnahme der Niederrheinischen Bergwerks-A.-G. dem neuen, bis 1942 laufenden Syndikat, beitreten. Der genannten Gesellschaft wurde eingeräumt, daß sie bis zum 2. Juli 1931, abends sechs Uhr, noch den Beitritt erklären kann. Die übrigen Mitglieder haben sich auch für den Fall gebunden, daß Niederrhein seine Unterschrift nicht gibt.

Staatsanzeiger

Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen durch die Evangelische Diakonissenanstalt Karlsruhe.

Der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe ist durch Entschliebung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 7 Prozent verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 1 250 000 Fr.

Eine Million Zweihundertfünfundzigtausend Franken (Schweizerwährung), sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 29. Juni 1931.
Der Minister des Innern
J. Wittmann



PORPHYWERK DOSENHEIM
HANS VAYTER
DOSENHEIM a. Rh.

STRASSENBAU-MATERIAL

Beton- und Mauerarbeiten für eine Begunterführung unter der Rheinbrückenrampe in Mannheim öffentlich zu vergeben; 1 200 m³ Auszub. 1 800 m³ Beton, 50 m³ Aufkagerquader aus Granit, 500 m³ Vorfabriktion usw. Bedingungen und Pläne einzusehen beim unterzeichneten Amt. Dort

Abgabe: Leistungsverzeichnis unentgeltlich, besondere Bedingungen 1,50 RM, Bauwerkszeichnung 3 RM, Zeichnung über Einzelheiten 3 RM. Einreichung der Angebote hierher bis 21. Juli 1931, 10 Uhr, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Angebot auf Wegunterführung bei km 3,583 in Mannheim“. Zuschlagsfrist 3 Wochen. A. 540 30. VI. 31. Reichsbahn-Neubauamt Heidelberg.

Schweigen. A. 539 Güterrechtsregulierung Band III, Seite 3; Birkfeld Karl, Bahnarbeiter in Reich und Alma geb. Reumeyer. Vertrag vom 5. Juni 1931: Gütertrennung. Schweigen, 27. Juni 1931. Amtsgericht L.

Großer Serien - Verkauf

Damen-Konfektion

in

Beginn: Mittwoch, den 1. Juli

Aus großen Unter-Preis-Einkäufen habe ich in Kleidern und Mänteln außergewöhnlich billige Serien zusammengestellt. Die erreichten, sehr erheblichen Preisvorteile lasse ich restlos meiner Kundschaft zugute kommen. Eine Prüfung meiner Angebote wird unbedingt zum Kauf veranlassen. L. 272

CARL SCHÖPF

Badisches Landestheater

Donnerstag, 2. Juli 1931
Volkshöhle: Jubiläumstag.
Zum erstenmal
Vor Sonnenaufgang
Drama von
Gerhart Hauptmann
Regie v. d. Trend

Mittwochsabend:
Vertram, Ermarth, Frauen-
dorfer, Genter, Seiling,
Guse, Hebeisen, Müllich,
Brand, Dahlen, Graf, Herz,
Gierl, K. Rienschel, Kuhne,
Luther, Prütter, G. Müller

Anfang 19^{1/2} Ende 22
Freise A (0,70-5 RM)

Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.
Fr. 3.7. Salome Sa. 4.7. Undine. Sa. 5.7. Boris Godunow. Im Ranzertaus: Keine Vorstellung.

Karlsruhe. A. 921 Güterrechtsregulierung. 1. Zu Band II, Seite 121: Rudolf Wilhelm, Krankenpfleger, Karlsruhe und Eog geb. Sponagel. Vertrag vom 3. Juni 1931: Gütertrennung. 25. VI. 31. 2. Seite 122: Brech Fritz, Gärtner, Karlsruhe und Silde geb. Junker. Vertrag vom 29. Mai 1931: Erwerbsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 27. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 26

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 150

1. Juli 1931

Bruchsal

Von Fritz Schöber, Heilbronn

An der Straße von Bretten nach Bruchsal steht unmittelbar vor der Stadt eine große Tafel mit der Inschrift: „Schloß Bruchsal, Sehenswert.“ Alle Hochachtung vor der Stadtverwaltung, welche diesen bescheidenen Hinweis auf ein „Zuvel des Rokoko“ veranlaßt hat. Wenn man bedenkt, wieviel Hotels sich am Wege als erstklassig bezeichnen und was uns heute als unerreichbar und lebensnotwendig angepriesen wird, dann berührt solche Bescheidenheit ungemein angenehm. Als Vorbereitung für die erlebte Pracht der Innenräume grüßen schon die Farben des Schloßkomplexes in Rosa, Gelb, Weiß und Gold. Ich weiß nicht, ob schon damals bei der Herstellung des Baues vor etwa zwei Jahrhunderten die Außenfarben ebenso lebhaft gewesen sind. Soviel ist sicher, daß im Jahre 1760 der damalige Fürstbischof von Gutten das ganze Schloß silbergrau anstreichen ließ, indem er damit einer Modeströmung nach Einfachheit folgte. Unserer flüchtet sich aus dem heutigen Geschmack des Einfachen, Geradlinigen und Ornamentlosen recht gerne in ein Extrem des Reichtums an Verzierungen und an Farbenpracht, wie sie in den Innenräumen des Bruchsaler Schlosses dem entzückten Besucher geboten werden. Das Schloß hat einen überaus kundigen und dabei wichtigen Verwalter. Er macht den Besucher mit den wesentlichen Dingen der Geschichte dieses Schlosses gut vertraut.

Es ist zu rühmen, daß man an den Sonntagen wie Werktagen den ganzen Tag über bequem Zeit hat, die herrlichen Räume zu durchwandern. Es ist noch mehr zu rühmen, daß der badische Staat vor einigen Jahrzehnten den Geschmack besaß, die Gelder zu bewilligen, welche für die Instandhaltung dieses wunderbaren Bauwerks erforderlich waren, als es galt, es aus seiner Verwahrlosung zu retten. Welch kurze Herrlichkeit war doch in seiner Benützung diesem Bruchsal beschieden. Das jedenfalls hat aber der erste Bauherr, Fürstbischof Kardinal Damian von Schönborn erreicht, daß er, wie die anderen Familienmitglieder in Würzburg, Bamberg und Mainz, hier dem Ruhme seiner angesehenen, kunst- und baukunstigen Familie ein unvergängliches Denkmal geschaffen hat. In dieser Harmonie der Anlage, der reichen Stuckverzierungen, der Gobelins, der Deckenbemalung mit den wunderbaren Perspektiven in dieser ganzen Pracht und dem frohen Sinn des Rokoko vergißt man nur zu gerne die Kühle und die Nüchternheit unserer kritischen Zeitläufte.

Der große Barockbaumeister Balthasar Neumann und der nicht weniger bekannte kurpfälzer Hofmaler Kosmas Damian Häm haben an diesem feudalen Bau mitgearbeitet. Wir heutigen stellen dafür freilich riesige Stadien her, haben gewaltige Warenhäuser, imponierende Bahnhöfe und Rathäuser. Erst jüngst hat uns der französische Finanzminister derartige „Verschwendung“ mit gepumpten Geldern vorgeworfen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Allgemeinheit von unseren heutigen Bauwerken recht viel hat. So ehre ich die großen Leistungen unserer neuen Zeit und erhole mich doch ein wenig davon in dem geschmackvollen und überzeugenden Reichtum eines derartigen Schlosses, das der Feudalismus zu Ruhm und Ehr' der Familie Schönborn erstellt hat.

Übrigens war unter dem Krummstab gut leben. Man kann es in den Berichten über den Schloßbau nachlesen. Die Fürstbischöfe waren freigebige Bauherren und offenbar gediegene Männer. Nur vier Fürstbischöfe residierten in Bruchsal. Die Reihe begann mit Damian Hugo von Schönborn, der 1719 die Nachfolge am Hochstift Speyer antrat. Er wählte Bruchsal zu seinem Sitz, weil ihm politische und konfessionelle Schwierigkeiten den geplanten Bau in Speyer verleiden. Speyer war damals in der Hauptsache protestantisch. Er ist es also, dem Bruchsal seine „Sehenswürdigkeit“ in erster Linie zu danken hat. Ihm folgten Franz Christoph von Gutten, August von Stirum und dann Woldegar von Walderdorf.

Bereits 1801 machte der Friede von Lunéville der Herrschaft der geistlichen Reichsstände ein Ende. Der rechtsrheinische Teil des Hochstiftes Speyer, also auch Bruchsal, kam an Baden. 1803 zog die Markgräfin Amalie in den nördlichen Teil des Schlosses ein, während die südliche Hälfte dem Fürstbischof verblieb. Es kam dann zu der merkwürdigen Vereinbarung, daß die Schloßkirche auf Betreiben des Hofdiakons der Markgräfin für beide Konfessionen benützt werden sollte. Bruchsal zählte damals nur ganz wenige Protestanten. Der Fürstbischof protestierte vergebens. Die Markgräfin selbst hatte sich sogar mit einer kleinen Kapelle in einem Schloßraum zufrieden gegeben. Daß die beiden christlichen Konfessionen unter einem Kirchendach wohnen, nur getrennt durch eine Mauer, war mir nicht neu, aber in einem reichen Barock-Kirchenraum die Gottesdienste beider Konfessionen berührte mich seltsam, obwohl es gewiß das Natürliche wäre, daß Christen sich derartig finden würden. Jetzt steht mitten in der Kirche der einfache Altartisch mit großem Kreuzifix und scheint tatsächlich gegen die reiche Umgebung zu protestieren, in der sich sogar die große Figur eines Papstes befindet.

Es wird noch etwas Seltsames von dieser Schloßkirche berichtet: In der Nacht des 10. April 1770 sah ein Diener die Schloßkirche in heller Beleuchtung. Einen Einbruch vermutend, eilt der Diener herbei. Beim Eintritt erblickt er den Fürstbischof von Gutten, mit dem Rauchmantel vor dem Altare kniend, neben ihm zwei Leviten. Der Schreck über die Erscheinung war bei dem Mann so groß, daß er in schwere Krankheit verfiel. Der Fürstbischof litt gerade in dieser Zeit an einer starken Unpäßlichkeit. Er hörte seinerseits ebenso wie seine wachende Umgebung in jener Nacht Orgelklang aus der Kirche. Er fordert Aufklärung über die Erscheinung und erklärt sie als Vorbote seines Todes, der tatsächlich zehn Tage später eintritt.

Und noch eine Todesahnung wird von Fürstbischof Schönborn berichtet:

Als am 18. August 1743 abends die Uhr, die unweit von seinem Bett hing, die achte Stunde schlug, und nach kurzer Zeit, ohne daß jemand dieselbe berührte, die acht Schläge repetierte, sagte Damian Hugo von Schönborn mit heroischem Geist:

„Ich erkenne schon, was dieses wiederholte Achte schlagen bedeutet. Ich danke dir zwar, liebe getreue Uhr, daß du mir mit deinem wahrhaftigen, repetierten Achte schlagen hast andeuten wollen, daß ich morgen um diese Zeit nicht mehr acht Uhr schlagen höre. Aber diese Warnung ist um so weniger vonnöten, um mehr ich bereit bin, alle Stunden und Augenblicke meinem kommenden Gott entgegen zu gehen.“ Welches auch, wie er vorgefagt, ist erfolgt, da er den anderen Tag eben noch vor acht Uhr abends ganz sanft und selig entschlafen den Neunzehnten August-Monats 1743 im 67ten seines Alters*. Ein starkes Geschlecht muß es schon gewesen sein, von dem diese Einstellung berichtet wird.

Was in den reichen Schloßgemächern auffällt, sind die vielen eisernen Öfen, deren Einführung vom Fürstbischof veranlaßt worden war, weil von ihm eine Eisen-Manufaktur betrieben wurde. So wünschte er seinen Untertanen mit gutem Beispiel voranzugehen, also auch eine Art von Werbung.

Der Markgräfin Amalie Witt fehlt nicht in ihrem ehemaligen Schlafzimmer. Dort ruhte sie unter grünen Vorhängen, die in der Art eines Baldachins über das Bett gezogen sind. Hier im Bruchsaler Schloß hauchte die energische Frau ihren Geist aus. Napoleon I. soll von ihr gesagt haben, daß sie der einzige Mann vom badischen Hofe sei. Beim Volk herrscht noch der Glaube, daß sie als Ahnfrau durch die verlassenen Räume gehe.

Der große Franzosen-Kaiser ruft die Erinnerung daran wach, wie übel uns Deutschen sein Volk besonders in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts mitgespielt hat. Anno 1689 wurde Speyer mit seinem Kaiserdom zerstört. Die Geschichte berichtet, wie schändlich die Franzosen mit den Gräbern der Kaiser umgegangen sind. Die Jahreszahlen am Hohenegger Hof in Bruchsal erinnern daran, daß sowohl 1676 wie 1689 die Franzosen dieses stattliche Gebäude niedergebrannt haben. Die Pfalz und die Rheinebene bis hinab zum Breisgau waren von unseren Nachbarn verheert worden. Die ganze Gegend erschien fast wie eine Wüste. Selbst den Neckar hinauf zogen damals die Franzosen. In Heilbronn ist die ausgebrannte Hofmarkts-Kirche heute noch ein drohender Zeuge jener Zeit, vom Seidelberger Schloß gar nicht zu sprechen. Kein Wunder, wenn sich Fürstbischof Damian von Schönborn dazu entschloß, keinen gigantischen Bau hinzustellen wie sein Bruder in Würzburg. Bei ihm bestimmte den Grundriß für seine Residenz der Wunsch nach möglicher Verteilung auf verschiedene Bauten, um der Feuergefahr durch einbrechende Franzosentruppen möglichst zu begegnen. Man darf sich gelegentlich schon daran erinnern, wie die Franzosen mit uns umgegangen sind.

Hat man sich am Schloße erfreut, so läßt man gerne seine Augen auch sonst noch in der Stadt umherwandern, die bescheiden nur auf Schönborns Prachtbau als Sehenswürdigkeit hinweist. Unterwegs war mir schon ein Siegesdenkmal von 1870 aufgefallen, mit einem Genius in Bronze, der in den Kriegsjahren ruhig hätte eingeschmolzen werden können. Aber doch erscheint uns jene Zeit zu Ende des letzten und Anfang dieses Jahrhunderts heute wie ein verlorenes Paradies. Es ging uns gut. Wahrscheinlich zu gut. Der Deutsche erträgt das nicht. Den „Kunstwerken“ aus jener Zeit nach zu schließen, müßte man allerdings sagen: „Uns ging es schlecht, hunde-schlecht.“ Das Bruchsaler Siegesdenkmal ist dafür nur ein bescheidener Zeuge. Dagegen erzählt das Paulus-Heim auf dem Klosterberg nach dem Entwurf des Stuttgarter Architekten Herkommer davon, was wir heute wieder zu leisten imstande sind, wo es uns doch schlecht geht. Dieses Kloster mit dem angegliederten Gymnasium und der Kirche sieht wahrlich mächtig und überzeugend an seinem Ort, wenn man auch bei näherem Zusehen bemerkt, wie sehr doch gespart werden mußte. Um so imponierender aber die Leistung, die in all der ersten und sachlichen Gestaltung doch eine fröhliche Note in dem feingeglied-

* Aus Dr. Fritz Girsch: „Kardinal Schönborn auf Reisen.“

ten hohen Dachreiter bekommt, der den Turm der Kirche erhebt. Zu diesem geschmackvollen Neubau blüht die Grabeskirche der Fürstbischöfe herüber. St. Peter in Bruchsal sieht aus, als wäre diese Barockkirche aus Oberbayern hierher geflogen. Sie schmiegt sich an grüne bewaldete Höhen. Mitten im erhabenen Innenraum zeichnet sich die Gruft der ehemaligen Fürstbischöfe ab. Um die Kirche herum schlafen die Bruchsaler den ewigen Schlaf.

Professor Wilhelm Süss 70 Jahre alt

Professor Wilhelm Süss, der im Jahre 1917 als Leiter der damals noch staatlichen Galerie des Schlosses nach Mannheim berufen wurde, feierte am 30. Juni d. J. seinen 70. Geburtstag. In Wilhelm Süss verkörpert sich vielleicht der letzte Ausläufer einer romantischen Kunst, die in Hans Thoma einen vollstimmlichen Höhepunkt erreicht hat, der von Süss auf ein vereinfachtes, kulturelles Niveau gehoben wurde. Wenn Wilhelm Süss seine auf Wolken thronenden Putten malte, wenn er die heilige Familie darstellte oder andere religiöse Gestalten, so waren es nicht mehr jene, etwas häuerlich anmutende Menschen Thomaseser Herkunft, sondern schon stark vergeistigte Wesen einer in sich gelehrten Welt. Es ist vielleicht charakteristisch, daß Wilhelm Süss, der selbst aus einer Malerfamilie stammt, der die Düsseldorf-Schule eines Eduard v. Gebhard in seiner Jugend aufnahm, jene trodene Darstellung mit der lichtfrohen ursprünglichen Art eines Thoma verknüpfte. Es entstehen aus naiven Gesichtern tiefe Symbole, nicht immer auf den ersten Blick sofort erkennbar, aber allzeit erfüllt von seelischer Struktur, die bei aller Sachlichkeit und Genauigkeit der Form das Innere barg. Die Menschen, die Tiere in den zahlreichen Bildern sind mehr als Wiebegrabe, sind streng gewollte Momente einer reichen Idee, der er die Landschaft, die Figuren, Zeichnung und Farbe unterordnet. Das Harmonische seines Wesens, die Reinheit seines Empfindens zeigt sich nicht nur in der äußeren Erscheinung, sondern ist auch gekennzeichnet durch eine unbedingte individuelle Farbgebung. Süss hat viele Landschaften gemalt, hat das Freilicht studiert, an dessen Problemen er nicht vorübergehen konnte, aber die Natur ist ihm nur erste Anregung, dann erst formt sich in ihm der Gedanke, der Klang. Die manchmal allzu klare Farbe, die wenig Rücksicht auf Umgebung nimmt, ohne daß sie deshalb aus ihren Zusammenhängen sich löst, ist wohl das Ergebnis eines intensiven Studiums der alten Majolikatechnik, jener Schmelzglasur, die in so wunderbarer Weise durch den Glanz von Vasen, Tellern und Platten hindurchscheint. Schon frühzeitig hat Professor Süss sich der Keramik gewidmet, durch die Verbindung und Freundschaft mit Hans Thoma einen starken Anstoß zu neuer Betätigung erfahren, der Großh. Majolikamanufaktur Karlsruhe manche Anregung gegeben und auch als Lehrer der Kunstgewerbeschule Karlsruhe von 1914-1917 gewirkt. Diese in sich so charakteristische Lösung hellerer Farben hat Süss bis in die letzten Jahre begleitet; gerade die hier in Mannheim zuletzt entstandenen Aquarelle geben deutliches und erfreuliches Zeugnis seiner allzeit konsequenten Entwicklung.

Wir wünschen dem Jubilar noch ein reiches, frohes Schaffen und Alter!
A. Lehmann.

Zeitschriftenbau

„Die Kunst.“ Im neuen Juli-Heft sehen wir Blatt um Blatt Schöpfungen, die uns zeigen, daß es für das künstlerische Erlebnis keine Grenzen gibt. Deutsche Maler vermitteln uns darin das farbenprächtige Bild italienischer und afrikanischer Städte und Landschaften, norwegische Meister zeigen uns die Menschen ihres Landes, wie sie ihr Künstlerauge sieht. Maler Dambarger charakterisiert in seinen Bildern häuerliche Typen unserer Heimat. Ein würdiger Zeuge gegenwärtiger Kunst ist das Kriegerehrenmal der Stadt Stralsund. In einem Vergleich werden zwei Frauenbildnisse von Corot und van Delft gegenübergestellt; wie Blumen und Plastik im Bild unserer Gärten zusammenwirken, zeigt ein Umblid in der Wiener Ausstellung; Eigenheimbauten, neuzeitliche Wohnungskunst, plastische Arbeiten in Majolika, moderne Formen im Klavierbau und Anregungen für die Anlage von sonnenerfüllten Wohnräumen, sämtlich in dem gleichen Heft, zeigen uns, in welchem Ausmaße „Die Kunst“ ihrer Aufgabe zu dienen sucht. (Verlag F. Brunnmann AG., München.)

Zeitwende, Monatschrift, G. S. Wed, München. Aus dem prächtigen Juniheft der bekannten und beliebten Zeitschrift habe ich folgende Aufsätze hervorgehoben: Prof. Wilh. Andreas, „Deutsches Handelsleben beim Ausbruch der Reformation“ stellt mit großer Sachkenntnis die Lage des deutschen Handels jener Zeit in flüssiger Sprache aufs Interessanteste dar. Dr. Otto Ehr. Fischer bespricht in anziehender Form „Das Problem der deutschen Ostsee-Provinzen“. Karl A. Schneider mit seinem Aufsatz „Kirche und Krieg“ das schwere widerspruchsvolle Thema des Gegensatzes des zeitlichen, natürlichen, kämpfenden Menschen und der übernatürlichen, außerzeitlichen Forderung des Ideals an. Korvettenkapitän A. D. Gerhardt von Janson spricht in dem Artikel „Vom Sinn der Seemacht“ von einem ganz hohen Standpunkt über das Verhalten der Deutschen Flotte im Weltkrieg. Dr. Hans Walter Erbe gibt ein vortreffliches Bild des Grafen Zinzendorf, des Gründers der Brüdergemeinde. Dr. Bruno Geißler zeichnet ein ergreifendes Bild „Von den Siebenbürger Sachsen und ihrer Not“. „Der Pfarzer von Peude. Eine Erzählung aus Dösel“, von Fritz Vasil ist ein Kleinod der Erzählungskunst, gefaßt in kurzen prägnanten Worten. „Nach Asia hinein“, von Dr. Paul Schüb, ist eine farbenprächtige Darstellung der Einfahrt ins Euphratthal. Alles in allem: Wieder eine prächtige, anregende, belehrende, höchst inhaltsreiche und erfreuliche Nummer der ausgezeichneten evangelischen Zeitschrift.